Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 31 (1937)

Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rundschau

Zur Chronik.

I. China. Die Japaner dringen gegen Nanking vor, das sie wohl bald besetzen werden. Der chinesische Widerstand leidet, wie es scheint, vor allem unter Mangel an Wassen und Munition. Die Regierung wird nach Hankau

In Schanghai gebärden sich die Japaner als Herren. Sie kaufen einen chinesischen Bürgermeister, paradieren durch die internationale Konzession und erleben freilich Bombenwürfe, Schüsse und Aehnliches. Auch die Zölle werden beschlag-

nahmt, was die "großen Demokratien" auf die Beine bringt.

Die Brüsseler Konferenz vertagt sich sine die. Mit Schmach und Schande. Nun ist auch China verraten. Mussolini aber höhnt im "Popolo d'Italia" darüber. Leider mit Recht!

Im Norden, in der Mongolei und in China selbst, organisieren die Japaner immer neue "autonome" Staatsgebilde, d. h. japanische Marionettenstaaten.

Italien anerkennt Mandschukuo, wie Japan das "Impero". Wurst und Speck. Es wird immer stärker von einer Friedensvermittlung durch — Hitler geredet. Welch neue Schande für die "großen Demokratien"! Japan wolle gnädig fein, nur müsse sich China dem antikommunistischen Block anschließen. So, wie wir's vorausgelagt!

Der Kaiser von Japan hat inzwischen pro forma selbst den Oberbefehl über seine Mordbrenner übernommen, was dem Geschäft vollends einen "religiö-

sen" Charakter verleiht.

Die englandfeindliche Stimmung in Japan nehme zu. Und in China?

Die Seefestung von Singapure werde durch die Japaner immer mehr von Siam her bedroht.

Der Boykott der japanischen Waren soll nun auch in der Schweiz in Schwung kommen, besonders durch die Aktion des RUP. Ebenso eine Geldsammlung für Medizinen, Kinderhilfe und so fort. Das wenigstens können wir tun.

II. Spanien. Man redet immer wieder von der großen Offensive Francos, welche die Entscheidung bringen solle. Die Italiener, Deutschen und Portugiesen setzen ihre Nicht-Intervention mit Wucht fort, aber die französische Grenze bleibt für die Republik geschlossen. Franco erklärt sogar die Blockade der Küste von Volksfront-Spanien. Dagegen protestiert England, ob aber im Ernst?

Franco wird nun auch von Japan anerkannt, dazu von Ungarn und Oesterreich (!). Er hat in Burgos eine Regierung eingerichtet, die aus einem zur Hälfte von ihm selbst gewählten "Nationalrat der spanischen Phalanx" besteht. Er redet

von ihm ielbit gewählten "Nationairat der ipanlichen Filaianz beitent. Er redet von seiner Absicht, einen "syndikalistischen" Staat aufzubauen und stellt soziale Reformen in Aussicht. Doch wohl nur Speck für Mäuse!

Del Vayo ist vom Kriegskommissariat zurückgetreten. Der innere Hader der Volksfront geht vorwärts. Dazu droht Hungersnot, ja sie ist schon vorhander Volksfront geht vorwärts. Dazu droht Hungersnot, ja sie ist schon vorhander volksfront geht vorwärts. den. Dazu die grimmige Kälte ohne Holz und Kohlen. Und Francos Bomben

Eine englische Labour-Deputation, bestehend aus Major Attlee, Noel Baker und Miß Wilkinson ist nach Volksfrontspanien gegangen und voll Begeisterung heimgekehrt. Attlee hält den Sieg der Volksfront für sicher. Er verspricht größere englische Hilfe und Noel Baker stellt eine baldige Labour-Regierung in Aussicht, welche Spanien helfen werde, wenn es bis dahin aushalte! Ein englischer Reaktionär beantragt ein Tadelsvotum für Attlee wegen "Bruch der Neutralität" und Eden tut dumme Sprüche.

III. Block-Politisches. 1. Der faschistische Block. 2) Italien. Die Wirtschaftslage wird immer schlechter.

Graziani muß als Vizekönig von Abessinien zurücktreten, weil er am "Impero" Kritik geübt, die dessen Wert in ein mehr als zweifelhastes Licht rückt. An seine Stelle tritt der Herzog von Aosta. Der Krieg in Abessinien geht vorwärts. 8000 Flüchtlinge weilen, von schwerster Not bedrängt, in der britischen Nachbarkolonie Kenya.

b) Deutschland. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich ebenfalls unaufhörlich. Von den Bauten fallen 30 Prozent auf das Militär, 30 Prozent auf andere staatliche Zwecke, 12 Prozent auf Nazi-Gebäude und nur 1,7 Prozent auf

Private und Siedelungen.

Im Grunewald soll eine riesige Adolf-Hitler-Universität (contradictio in adjecto!) gebaut werden, als Ersatz für die alte Universität in Berlin, sowie für die technische Hochschule in Charlottenburg. Von Humboldt zu Hitler! Schade um die armen Kiefern des Grunewaldes!

Schacht ist nun endgültig das Reichswirtschaftsministerium los, bleibt aber

vorläufig Präsident der Reichsbank und "Berater" Hitlers.

Hitler erklärt in Augsburg, daß die Kolonien in sechs Jahren zurückkehren

würden.

Varoux, der langjährige Korrespondent der Agentur Havas in Berlin, wurde ausgewiesen, weil er über die Maul- und Klauenseuche (ist die des Viehs gemeint?) falsch berichtet habe, ebenso Böschenstein, der Korrespondent der "Basser Nachrichten", dieser wohl wegen seiner Berichte über den Kirchenkamps. Der Bundesrat sagt Amen dazu.

Der Christliche Studentenbund ist verboten worden.

25 Angeklagte der "Schwarzen Front" Otto Straßers (darunter zwei höhere Offiziere der Reichswehr) bekommen zusammen 146 Jahre Zuchthaus.

Und der Scharfrichter arbeitet immerfort!

c) Oesterreich. Eine Geheimdruckerei des "Oesterreichischen Beobachters" wird entdeckt, ein Nazi-Nest in der Kaserne ausgehoben. Schuschnigg schreibt ein Buch zur Verteidigung seiner Politik unter dem Titel: "Dreimal Oesterreich!" Ein neues "Kulturabkommen" scheint die Gleichschaltung zu vermehren. Die Sozialdemokraten bekommen stets aufs neue die ganze Schwere der klerikalen Diktatur zu spüren.

d) Schwankende Gestalten. In Rumänien bildet sich nach allerlei gescheiterten anderen Versuchen das Kabinett Tatarescu neu, jedoch mit einem weiteren Ruck nach rechts. Der jugoslawische Premier Stojadinowitsch begibt sich unmittelbar vor dem Besuch von Delbos in Belgrad nach Rom zu einem großen ver-

logenen Techtelmechtel mit Mussolini.

2. Der andere Block. a) Frankreich. Zu den Cagoulards gehören neben Grafen, Baronen und Abenteurern auch Generäle. Der Zusammenhang mit der deutschen Propaganda scheint nachgewiesen zu sein. Der "Weltdienst" der Herren Göbbels und Fleischhauer und der gleiche de Pottere, der in Bern die Versammlung für die Freimaurer-Initiative leitete, scheinen dabei Hauptakteure zu sein.

Es handelte sich um eine völlige Verschwörung und Vorbereitung zu einem Aufstand, vielleicht im Zusammenhang mit einem Vorstoß des Faschismus von außen her. Wassenlager, ober- und unterirdische Befestigungen, 200 drahtlose Stationen in Verbindung mit Flugplätzen, Seehäfen, Kasernen, Einfuhr von Wassen aus Italien und Deutschland, auch aus der Schweiz. (Hier hat Bupo wieder geschlafen.)

Das Kabinett Chautemps war durch die Forderung einer beträchtlichen Erhöhung der Gehälter von Seiten der Staatsbeamten vor eine Krise gestellt. Es handelte sich um die Angleichung der Löhne an die Wertverminderung des Frankens, Durch gegenseitiges Entgegenkommen konnte die Krise beschworen

werden.

Eine große Rüstungsdebatte hatte die einstimmige Annahme einer Militärvorlage zur Folge.

b) Belgien ist unter dem Vorsitz des aus der liberalen Partei stammenden

Janson wieder die frühere Koalition von Sozialisten, Liberalen und Katholiken zur Regierung gelangt.

Der König Leopold macht einen Besuch in London. Er hebt bei einem Bankett Englands Pflichten gegenüber der Welt hervor und erwartet von ihm

in der Not eine ähnliche Hilfe wie 1914.

c) Tschechoslowakei. Das Abgeordnetenhaus hat sich wiederholt mit der äußeren Politik befaßt. Es wurde nicht verschwiegen, daß die Beziehungen zu Deutschland sich verschlechtert hätten, dagegen die Besserung des Verhältnisses zu Ungarn und Oesterreich hervorgehoben. Die Aussprache ergab eine weitgehende Einigkeit der Haltung. Auch am Bündnis mit Rußland wird mit den selbstverständlichen Einschränkungen festgehalten.

d) Die Internationale Union für Recht und Freiheit hat auf einer Mitte November in Paris stattgefundenen, sehr besuchten und belebten Konferenz sich

mit der deutschen Rechtlosigkeit beschäftigt.

IV. Die Friedensbewegung. Lord Robert Cecil hat den Nobelpreis erhalten.

Wieder einer, der ihn wirklich verdient hat.

In England verhandelt man stets wieder Lustschutzfragen. Es wird immer wieder sestgestellt, daß nur die "aktive" Abwehr, vor allem eine große Lustslotte, die den Feind mit Repressalien im eigenen Lande bedrohen könne, einen gewissen Schutz verspreche. Im übrigen plant man gewaltige Evakuierungen der großstädtischen Bevölkerungen. Ob man dazu wohl Zeit fände?

Das schon anderswo erwähnte Buch von Kurt Doberer: "Elektro-Krieg" zeigt, daß die Elektrizität ungeheure neue Zerstörungsmittel biete, so daß der

Krieg zur Selbstvernichtung der Völker führte.

In der Schweiz hat die Europa-Union "Tage der Völkerverständigung" durchgeführt, an denen Herr Bouché, ein hoher Beamter des französischen Lustschutzes, also einer, der etwas davon versteht, drastisch die Lächerlichkeit der

Verdunkelung kennzeichnete.

In Kopenhagen, am Kongreß der Kriegsdienstegener, vertrat de Light gegenüber Lansbury das relative Recht der revolutionären Erhebung und Verteidigung, freilich zugebend, daß diese besser anders als durch Wassengewalt geschähe. Frage: "Wie stellen sich diese "Absoluten" zur schlimmsten Form des Militärdienstes, dem sogenannten Lussschutz?" Hic Rhodus, hic salta!

V. Wirtschaftsleben. In England soll mit der "Verstaatlichung der Kohlenbergwerke" Ernst gemacht werden. Es sollen besonders auch die auf vielen Bergwerken liegenden, meistens dem Hochadel gehörenden Pachtzinse (Royalties) abgelöst werden.

VI. Sozialismus und soziale Bewegung. Die Einigungsbewegung schreitet vorwärts. Zwischen Lewis und Green ist es zu, wie es scheint, aussichtsvollen Verhandlungen gekommen. In Frankreich ist die geplante Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Partei durch einen seltsamen Artikel von Dimitross, dem bekannten Sekretär der Kommunistischen Internationale, gestört worden, der als Bedingung jeder Einigung eine Art Kotau vor Stalin verlangte.

Die Vereinigung der Amsterdamer und der Moskauer Gewerkschaftsorganisation (die letztere allein zählt ungefähr 30 Millionen Mitglieder) scheint vor dem Abschluß zu stehen. Max Weber erklärt, wenn sie zustande komme, werde

der schweizerische Gewerkschaftsbund aus dem internationalen austreten.

Ein Aufruf der "Revolutionären Sozialisten", d. h. der "illegalen" österreichischen Sozialdemokratie, hält an dem Postulat der "Diktatur des Proletariates" fest. Mit solchen revolutionären Ladenhütern sollte man endlich absahren.

Frantzel, der bekannte Verfasser des Buches "Die Revolution des Abendlandes", ist wegen schwerem Zwiespalt mit der Parteileitung aus der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ausgetreten — was doch zu bedauern ist.

wakischen Sozialdemokratie ausgetreten — was doch zu bedauern ist. In den Vereinigten Staaten haben besonders die Arbeiter den Besuch des Herzogs von Windsor (des englischen Exkönigs) verhindert, weil er zum Impre-

sario jenen Ingenieur Bedaux hatte, der durch sein Arbeitssystem die Unmenschlichkeit des Taylor-Systems auf die Spitze treibt.

VII. Kirche und Religion. 1. Protestantismus. a) Der hitlerische Kirchenminister Kerrl hat die Erklärung abgegeben, daß die Kirchenwahlen wegen mangelnder Einigkeit nicht stattfinden sollten. Die Reichsregierung hege keine "reformatorischen Pläne" mit der Kirche, werde aber einen "Mißbrauch der Religion" zu verhindern wissen. Bei wem?

Die Zeitung der SS., "Das schwarze Korps", verlangt in einem aufsehenerregenden Artikel Aufhebung des Bekenntnisses zum Christentum; Einführung einer germanisch-heidnischen Staatsreligion, Einziehung des Eigentums der Kirchen,

Unterdrückung der Kirchen bis auf ein armseliges Schattendasein.

b) Die jährliche Versammlung der Zürcher Synode hat Anlaß zu einem Vorstoß der Religiös-Sozialen gegeben. Zur Eröffnung hielt unser Freund Pfarrer Bachmann die Predigt, die an der Spitze des Hestes steht. Sie ist nun wirklich eine Erfüllung der Zwingli-Losung: "Tut um Gotteswillen etwas Tapferes!" Die religiös-soziale Fraktion aber hatte die Absicht, den Schlaf der Synode zu stören und sie zum Bewußtsein ihrer Aufgabe aufzurütteln. Es wurde folgende Motion gestellt:

"I. Die Synode erkennt, daß die furchtbare Häufung von Unmenschlichkeit und Gewalttat, die das Kennzeichen unserer Zeit ist, auch für die Glieder der Kirche die Gefahren der Abstumpfung, des Fatalismus und der bloßen - manch-

mal religiös maskierten - Flucht in sich schließt.

2. Die Synode betont demgegenüber, daß die Kirche alles tun muß, daß ihre Glieder und alle, welche von ihrer Stimme erreicht werden können, zur Erkenntnis dieser Lage aufwachen und sich laut und beharrlich zu dem Christus bekennen, der die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und das Erbarmen in die Welt

hineingebracht hat.

3. Die Synode beantragt dem Kirchenrat, dahin zu wirken, daß die Behörden und Organe der Kirche, insbesondere die Pfarrerschaft, sich mit aller Gewissenhastigkeit und allem Ernst - unbeschadet ihrer pfarramtlichen und theologischen Pflichten - diesen Fragen zuwende, damit sie immer besser instand gefetzt werde, die konkreten Forderungen des auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerichteten Willens Gottes zu verstehen, sich dem die Wahrheit verdunkelnden Einfluß der Mächte und Gewalten dieser Welt zu entziehen und das ihnen von Gott verordnete Hirten- und Wächteramt immer besser auszuüben.

4. Sie erkennt, daß ein in bezug auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit laues, der Verantwortung für das politische und soziale Leben sich entziehendes Kirchentum niemals die von Gott geforderte Antwort auf den Notschrei unserer vom Chaos bedrohten Zeit sein kann."

Wenn man dies liest, dann ist einem ganz klar, daß diese Motion das Haupttraktandum einer Körperschaft hätte bilden müssen, die sich als Hüterin des Wortes Gottes weiß und etwas von den Propheten wie vom Gleichnis vom Weltgericht wissen sollte. Statt dessen vertrödelte man (mit oder ohne Absicht) die Zeit mit Nichtigkeiten. Wichtig erschien der Synode besonders die Teilnahme an der Landesausstellung. Da wäre eine Erinnerung an Matthäus 6, 1—18, am Platze gewesen, aber das steht ja eben nicht im Römerbrief! Und was will man denn ausstellen? Etwa die Confessiones Helveticae und - einen Feldprediger daneben? Ich wiederhole: Eine Kirche, die ihre von Gott gestellte Aufgabe erfüllte, brauchte sich nicht auszustellen — abgesehen davon, daß sie's nicht könnte!

2. Katholizismus. Die katholische, vortrefflich redigierte "Schweizer Rundschau" gibt ein Sonderheft heraus, welches die religiös-politischen Bestrebungen und Gruppen durch ihre eigenen Vertreter zu Worte kommen läßt, dazu auch Sozialisten und Kommunisten mit ihrem Gegensatz zur Religion. Die Religiös-Sozialen sind durch einen trefflichen Artikel von Lejeune vertreten. Diese Weitherzigkeit ist sehr verdankenswert und ist für Bischof Scheiwiller beschämend. Aber wenn nun Herr Gutzwiler, nach der üblichen, ganz unerlaubten Methode, den Sozialismus dem Marxismus gleichfetzend (jenen dazu fehr eng verstehend), erklärt, unsere Verbindung von Christentum und Sozialismus bedeute die Quadratur des Zirkels, so bedeutet das eine gewaltige und sensationelle mathematische Entdeckung. Denn Leute, die das tun, gibt es. Sogar sehr viele. Und was das Merkwürdigste ist: sogar der Papst hat es ausdrücklich anerkannt, indem er den christlich begründeten Sozialismus der Engländer von seiner Verurteilung ausnahm. Wir sind also päpstlicher als Herr Gutzwiler.

9. Dezember 1937.

Zur schweizerischen Lage.

Die Schweiz an Weihnachten und Jahreswende.

Eine Erinnerung an die Hauptbegebenheiten und Hauptlinien des schweizerischen Geschehens im Jahre 1937 wird wohl dem Leser lieb sein. Denn wir leben in wirren und vergesslichen Zeiten.

Am Beginn der außenpolitischen Linie steht eine schwere Schuld: die Anerkennung des Verbrechens an Abessinien, am Völkerbund und damit an allen schwachen Völkern und an der ganzen Menschheit, durch die Schweiz, d. h. den die Schweiz repräsentierenden außenpolitischen Diktator. Diese Schuld ist ungesühnt, alle Gegenäußerung schwach geblieben. Dem dunklen Beginn entspricht der Fortgang. Mussolini wird Ehrendoktor der Lausanner Universität. A Prato, sein und Hitlers großer Gegner, spiritus rector des "Journal des Nations", des tapfersten unter den für den Völkerbund eintretenden Ogane und darum einer der von Motta leidenschaftlich Gehaßten, wird ausgewiesen. Auf dieser Linie verstärkt sich dann die dem Faschismus dienende Tendenz zur Auflösung des Völkerbundes überhaupt, auf dem internationalen Genfer Boden unter der Maske der Universalität, d. h., der völligen Entmannung des Völkerbundes zugunsten Deutschlands und vor allem Italiens, auf dem nationalen durch die Proklamation einer schweizerischen Neutralität, welche unter schandbarem Wortbruch, in Feigheit und Egoismus unsere Pflichten gegen den Völkerbund sabotiert und übrigens auch damit ihn auflösen hilft. Dieser Haltung und Tendenz entspricht die traurige Tatsache, daß die Schweiz in Genf der das Vorgehen Japans gegen China verurteilenden Resolution des Völkerbundes nicht zustimmt. Zu dieser Aktion gehört wohl auch die famose Bestätigung unserer Neutralität durch Hitler gegen den bei ihm antichambrierenden ehemaligen Bundesrat Schultheß. Die schweizerische Haltung wirkt auf Belgien und die nordischen Staaten als böses Beispiel und wird, in Wechselwirkung, von dorther bestätigt. So wird am Untergang der Schweiz gearbeitet. Als Neutralitäts-Initiative wilder Völkerbundshasser und Parteigänger der antidemokratischen Mächte geht diese Linie in das neue Jahr hinein.

Die große Lüge, die damit schon gekennzeichnet ist, illustriert sich das ganze Jahr hindurch in der Nicht-Neutralität der offiziellen politischen und militärischen Schweiz, ja in der offenen und erbitterten Parteinahme für die faschistischen und gegen die antifaschistischen Staaten, auch gegen Volksfront-Frankreich, nicht nur gegen Russland. Sie tritt besonders gegen das republikanische und zuletzt auch offen für das faschistische Spanien hervor. Die Urteile der Kriegsgerichte, die Behandlung Mühlesteins, die Verhinderung von antifaschistischen Rednern, die Kommunistenhetze nach der einen und der Fall Toca mit der maskierten de-jure-Anerkennung Francos nach der anderen Seite und allerlei anderes zeigen immer wieder, was diese "Neutralität" bedeutet: leicht verschleierten Anschluß an den faschistischen (und klerikalen) Block. All die Huldigungen und Untertänigkeiten gegen Norden und Süden, die auch dieses Jahr nicht gefehlt haben, sind Arabesken an dieser Linie. Wobei besonders die Bedrohung von Norden her durch die Schaffung einer deutschen Zentrale für die Auslandpropaganda und die offiziell gewordene Wiederholung dieser Zentrale in immer neuen Zentralen dieser Propaganda auf unserem Boden — eine Entwicklung, die Motta begrüßt hat —

beständig zunimmt.

Dieser außenpolitischen entspricht die innenpolitische Linie. Sie ist wesentlich faschistisch inspirierte Reaktion. Zwar ihr gewichtigster Vorstoß, das neue sogenannte Staatsschutzgesetz, machte Fiasko. Sein Fall steht auch schon am Anfang dieser Jahreslinie — also eher ein günstiges Zeichen. Die Linie wird aber gleichwohl fortgesetzt. Das Post-, Telephon- und Telegraphengeheimnis wird stärker gefährdet, und nur durch eine scharfe Reaktion dagegen wird diese Entwicklung vorläufig gehemmt. Aber die Zensur geht weiter: besonders erhält die Zollverwaltung den Auftrag, den Schweizer vor Lektüre zu bewahren, die den Herren Motta, Stämpfli und Konsorten nicht gefällt. Ebenso gehen, wie wir schon angedeutet haben, die im Dienste dieser außen- und innenpolitischen Tendenz stehenden Redeverbote weiter. Eine ideale Maskierung dieser faschistischen Reaktion soll die Parole des Staatsbürgers und der staatsbürgerlichen Erziehung schaffen; Staatsvergötzung ist ja ein wesentliches Element des Faschismus. Man weiß diese leider auch der schweizerischen Lehrertagung in Luzern aufzudrängen. Die Peitsche aber, womit man die Bürger in das faschistische oder doch semi-faschistische (und klerikale) Zuchthaus treiben will, ist die Kommunistenhetze. Sie hat u. a. zum Verbot der kommunistischen Partei in Genf, Neuchâtel, Schwyz (!) geführt und soll in einem zürcherischen und waadtländischen weitergeführt werden, um in einem schweizerischen zu endigen. Der Kampf dagegen erwartet uns im neuen Jahr. Skandalprozesse, wie der gegen Bodenmann, begleiten wieder die Aktion. Sie läust am Jahresende in dem Vorgehen der Bundespolizei gegen die kommunistische Oberleitung wegen angeblicher Werbung für Volksfrontspanien aus.¹) Ist die Kommunistenhetze die Peitsche, so ist der Antisemitismus, der besonders bei Anlass des Zionistenkongresses und des Berner Prozesses wegen der "Protokolle der Weisen zu Zion", aber auch in der Mißhandlung der Frau Brunswigh sein Wachstum kundtat, die betäubende Umnebelung für diesen Weg in das faschistische Zuchthaus. Die Losung gegen das Freimaurertum gehört in diese Kategorie, und auf den Sumpf, aus dem diese Nebel aufsteigen, weisen sehr häufige Fälle besonders wirtschaftlicher und sexueller Korruption hin.

Zu diesen zwei Hauptlinien gesellt sich, mit ihnen eine ideelle Einheit bildend, der Siegeszug des schweizerischen Militarismus, der aus dem letzten Jahr her, wo er in der Wehranleihe gipfelte, sich in dieses fortsetzt. Auch er wird durch Prozesse illustriert, so durch den mit einer skandalösen Freisprechung endenden des Majors Hausammann. Vor allem aber kommt er zum Ausdruck in der sogenannten Lusschutz-Aktion, die in der großen Verdunkelung weniger der Lust als der Seelen gipfelt. Weniger auffallend kommt dieser Triumph des Militarismus in den Anfängen eines stehenden Heeres zum Vorschein, das als Grenzschutz austritt. Gerüchte von einem beabsichtigten deutschen Vorstoß durch die Schweiz nach Frankreich im Falle eines Krieges helsen mit, jene Panik zu vermehren, welche die Bevölkerung dem Militärmoloch gefügig macht. Auch die ganze Unwahrheit einer militärischen Landesverteidigung, die man als Verteidigung der Demokratie darstellt, während man die Demokratie auf der nationalen wie auf der internationalen Linie bewußt preisgibt, haben wir stets aufs neue hingewiesen. Es sei aber noch besonders hervorgehoben, daß die in der Verdunkelung gipfelnde sogenannte Lustschutz-Aktion vor allem auch die vollkommene "Gleichschaltung" des Volkes, d. h. seine völlige Unterwerfung unter einen faschistisch orientierten politischen und militärischen Willen bedeutet. In der Kapitulation

¹⁾ Es hat sich, wie wir angenommen, herausgestellt, daß hinter der Aktion nichts steckt als eine Propaganda für die Kommunistengesetze, die aber leicht zum Gegenteil werden könnte. Einer nichtssagenden Erklärung des militärischen Untersuchungsrichters Gloor folgt eine wenn möglich noch nichtssagendere der Bupo, die von dem Rekordreaktionär Weber, der die "Neue Zürcher Zeitung" von Bern aus bedient, aufgewertet werden muß, wenn auch nicht mit dem Gold der Wahrheit. Anderfuhren erklärt das famose Protokoll aufs entschiedenste für gefälscht. Die immer wieder erneuten Verhaftungen von Kommunistenführern enthüllen sich als rechtswidrige Willkür und Gewalt.

der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der ganzen Richtlinienbewegung vor diesem als demokratische Landesverteidigung maskierten Faschismus vollendet sich dessen Sieg auf dieser ganzen Linie. Der obligatorische militärische Vorunterricht soll in Verbindung mit dem obligatorischen staatsbürgerlichen Unterricht ihm auch die Jugend ausliefern, wie der sogenannte Lustschutz ihm auch das Alter und vor allem die Frauen ausliefert. Dann wäre das Gebäude zunächst fertig und es könnte sein "inneres Leben" beginnen oder vielmehr sich voll entfalten, mit Kommunisten, Antimilitaristen, Freimaurern und Juden beginnend... beginnend!

Jene Bemerkung über Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Richtlinien-

Bewegung führt uns nun aber auf eine neue Entwicklungslinie, die auch ideell nicht mit der dreifachen, von uns nun gezeichneten, zusammenfällt: es ist die Zersetzung und Auflösung unseres bisherigen Parteiwesens. Sozialdemokratie und Kommunismus haben den Sozialismus in den Eisschrank gestellt und sliehen zu jener mythischen "Mitte" hin, wo sie Sicherheit erhossen. Der am 31. Januar in Zürich stattgefundene dirigierte Parteitag der Sozialdemokratie mit seiner Annahme der "unbedingten" militärischen Landesverteidigung, die völlige Preisgabe des Sozialismus durch seine "Führer", vor allem einen Robert Grimm, sind nur einige hervorragende Zeichen dieser Tatsache. Was die Richtlinienbewegung betrifft, so wird sie als Schema aufrechterhalten und erlebt neben schweren Niederlagen, wie bei der Nichtwahl Grimms, da und dort einige bescheidene Erfolge. Aber wer wagt zu leugnen, daß eine Verbindung der "antikapitalistischen" Elemente unseres Volkes nicht auch durch einen recht orientierten Sozialismus, also ohne Preisgabe des Sozialismus, möglich und etwas ungleich Verheißungsvolleres gewesen wäre? Ein Zeichen der Auflösung der bürgerlichen Parteien war besonders auch die Episode des "Stuckismus". Das Gleiche bedeutet, in viel wirksamerer Form, die Duttweiler-Bewegung, die zum "Landesring der Unabhängigen" geworden ist.") Sie wie die in gewisser Beziehung immer noch wachsende
Bedeutung der Freigeld-Bewegung sind auch ein Zeichen des Zerfalls der Sozialdemokratie. Daß dieser vorwärts geht, ist so klar wie die Sonne für den, der sehen will. Gewisse wachsende Organisationszahlen beweisen nichts dagegen; ebensowenig gewisse Wahlersolge (neben schweren Niederlagen); der Leib kann noch zu leben scheinen, wenn die Seele entwichen ist. Nur ein neuer Sozialismus wird die rettende Wendung bringen.

Wir haben uns auf dieser neuen Linie schon von der der außen- und innerpolitischen Reaktion entfernt. Denn sie bedeutet auch Fortschritt. Es ist aber nun vollends Freude, für dieses Jahr neben der Kraftsteigerung des reaktionären, wesentlich faschistischen Vorstoßes auch einen, wenn auch noch schwächeren der Opposition feststellen zu dürfen. Eine solche richtet sich gegen unsere Außenpolitik, und vor allem gegen deren Verkörperung in Motta. Sie ist sehr weit verbreitet und wird bloß durch das weltliche und geistliche Klasseninteresse noch etwas verhüllt. Leider hat sie auch noch nicht die rechte Stoßkrast bekommen. Sie richtet sich aber auch gegen die Innenpolitik. Besonders gegen deren mit Verfassungs- und Rechtsbruch, namentlich in Gestalt der Dringlichkeitsbeschlüsse, operierende Willkür. Das Auftreten von Professor Giacometti, hinter dem offenbar auch Fleiner stand, und zu dem sich andere hervorragende Rechtsgelehrte stellten, hat großen Eindruck gemacht. In der Initiative für die Wahrung der Volksrechte bekommt die Bewegung eine praktische Spitze. Und sehr verrechnet hat sich in ihrem Uebermut unser Militarismus mit dem geplanten Obligatorium des militärischen Vorunterrichtes und der staatsbürgerlichen Erziehung: er ist auf eine Opposition gestoßen, welche er nicht erwartete. Ich erwähne auf dieser Linie noch besonders die Aktivität des Freiheitskomitees und als höchst erfreuliche Erscheinung das Auftreten einer katholischen Opposition in der Gruppe der "Entscheidung".

¹⁾ Das Einstehen Duttweilers für die Freimaurer-Initiative der Frontisten hat jedoch das Vertrauen zu seinem politischen Urteil und Wollen nicht vermehrt.

Wenn sich dergestalt das düstere Bild der schweizerischen Entwicklung während des ablaufenden Jahres schon ein wenig aufgehellt hat, so bringt uns vollends sein Abschluß (ich nehme an, daß es der Abschluß sei) zwei Ereignisse, welche die Hoffnung auf Rettung und neues Leben, eine Hoffnung, die oft Anlaß zum Verzagen hat, zu stärken vermögen.

Das eine ist die Abweisung des als Freimaurer-Initiative verkleideten faschistischen Vorstoßes mit einer so wuchtigen Mehrheit, wie auch der Schreibende sie keineswegs erwartete, der vielmehr auch eine Annahme nicht für unmöglich hielt. Wie soll man sich zu dem Ereignis stellen? In früheren Jahren hätte es wohl in mir eine überquellende Freude ausgelöst. Ich hätte darin wohl ein Zeugnis von politischer Reife und sittlicher Höhe unseres Volkes erblickt. Heute kann ich das, durch schmerzliche Erfahrung belehrt, nicht mehr so unbedingt. Ich freue mich zwar gewiß auch. Eine Annahme hätte sicher unsere äußere und innere Lage verschlechtert und besonders die Verdunkelung vermehrt. Auch ist die Haltung der katholischen Mehrheit sehr erfreulich. Aber die entscheidende Erprobung der politischen und sittlichen Reife unseres Volkes werden erst die Abstimmungen über das wahrscheinlich kommende Kommunistengesetz wie die über die Neutralitäts-Initiative bringen. Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß im Falle der Freimaurer-Initiative den Ausschlag die auch dem Schreibenden bei der Abfassung seines letzten Artikels zur schweizerischen Lage noch nicht bekannten Dokumente gegeben haben, die auf die krasseste Art nachwiesen, daß die Initiative zu dieser Erneuerung der Schweiz von — Hitler-Deutschland ausgegangen ist, welches nicht nur ihre Kosten zum großen Teil übernahm, sondern sogar Aufrufe "An das Schweizervolk" lieferte. Diese Dokumente, in die Waagschale des Nein gelegt, haben offenbar die des Ja so hoch aufschnellen lassen. Und das ist sicher ein gutes Zeichen.

Unser Volk hat die Fronten unzweideutig abgelehnt, und es wäre lächerlich, die Jastimmen auch nur zum zehnten Teil als Zustimmung zu ihnen aufzusassen. Aber ich sehe mich genötigt, zu wiederholen, was ich immer wieder erklärt habe: Nicht die Fronten waren und sind unsere größte oder auch nur große Gefahr. Unsere große und größte Gefahr ist der offizielle und inossizielle, in allerlei gar nicht frontissischen Formen auftretende Faschismus als Preisgabe der Demokratie und damit der wirklichen Schweiz. Der Kampf dagegen hat noch kaum recht begonnen und wird, wo er geführt wird, vielsach in einem engen und kleinen Geist geführt (in einer sehr geistlosen Heimatschutzbewegung, wie etwa der Dialektbewegung, so wie viele sie auffassen) und hebt sich damit selbst auf. Er muß auf einer höheren Ebene und aus größerer Tiese kommen, wenn er helsen und retten soll.

Wo die wahre Gefahr zu finden ist, darauf weist als Symptom gerade eine Tatsache dieser Abstimmung hin: die Kasernen haben fast ohne Ausnahme, zum Teil mit großer Mehrheit, angenommen. Warum? Weil es Offiziers- und Unter-offiziersschulen sind. Diese Tatsache wirst ein Blitzlicht auf das Problem unserer militärischen Landesverteidigung. Sie ist also zum größeren Teil in den Händen von Leuten, deren Herz auf der Seite des Todseindes der Schweiz ist. Sollte diese Tatsache nicht sogar einige betäubte Gewerkschafter und Sozialdemokraten zum Erwachen und Augenausreiben bringen? Heißt das zu viel erwarten? Oder glaubt man — in Selbstbetrug — daß die Entlassung von einigen allzu offenkundig frontistisch gesinnten Offizieren die furchtbare Fehlrechnung gutmachen würde?

Das zweite Ereignis ist jedenfalls noch viel erfreulicher und noch viel eindeutiger: es ist ein sehr wichtiger Gegenstoß gegen unsere militaristische Faschisserung. Er ist geschehen durch eine Versammlung, die am 28. November in Olten stattgefunden hat. Es war eine Tagung schweizerischer Jugend. Sie war beschickt von einer großen Anzahl wichtiger Jugendorganisationen und auch von "Rechtsstehenden" besucht. Ihr Gegenstand war der militärische Vorunterricht und die staatsbürgerliche Erziehung. Als Besürworter referierte einer der Leiter der "Nationalen Wehraktion", Dr. Stieger aus Winterthur, während im Namen der

Opposition der Leiter von "Ferien und Freizeit", Ferdinand Böhny, fungierte. Dieser fühlte sich getrieben, neben dem üblichen Kotau vor der "demokratischen Landesverteidigung" Konzessionen zu machen: den militärischen Teil des Planes zwar abzulehnen, aber den turnerischen anzunehmen und eine obligatorische "Staatskunde" zu postulieren. Aber nun ereignete sich das Hocherfreuliche einer Jugend, die in einer ihr große Ehre machenden Aussprache den Kompromiß ablehnte und sich auf keine Weise zur "Staatsjugend" machen lassen wollte. Nicht nur wurde der Antrag Stieger mit allen gegen 11, sondern auch der Vorschlag Böhnys mit allen gegen 44 Stimmen abgelehnt und die Thesen der radikalen Opposition mit 167 Stimmen angenommen. Sie lauten im Wesentlichen:

1. Die Vorlage des Militärdepartementes ist weniger ein Postulat der Landesverteidigung, als ein weiterer Schritt zur Angleichung des öffentlichen Erziehungswesens der Schweiz an die Methoden totalitärer Staaten, und ein Versuch, militärische Erziehungsgrundsätze auf das Gebiet der gesamten Jugenderziehung zu übertragen. — Sie entspringt jener Einstellung, die alle Kräste für die militärische Auseinandersetzung mobilisieren will und nur noch leere Worte, aber keinen Willen und keine Krast mehr übrig läßt für eine vor-

ausschauende, aktive Friedenspolitik.

2. Wir sind so lange nicht gewillt, neue Opfer zu bringen, als unsere Außenpolitik fortfährt, unter Preisgabe aller Grundsätze des Völkerrechts und der
Neutralität, mehr und mehr in das Lager der Staaten abzugleiten, die ununterbrochen den Frieden und unser Land selbst bedrohen. Vor allem aber
wehren wir uns gegen jeden Versuch, unseren demokratischen Staat von
innen zu zerstören.

3. Das Obligatorium des militärischen Vorunterrichtes und der staatsbürgerlichen Erziehung sind ein Glied einer staatlichen Entwicklung, die durch allmählichen Abbau der Demokratie gekennzeichnet ist. Wenn diese Entwicklung weitergeht, so werden Ziele und Ergebnisse der schweizerischen Jugenderziehung genau die gleichen sein, wie in allen Diktaturstaaten: Heranbildung einer treuen Gefolgschaft für die politischen Machthaber des Inlandes.

4. Wir anerkennen jedoch die Wichtigkeit vermehrter körperlicher Ertüchtigung im Hinblick auf die Volksgefundheit. Die körperliche Ertüchtigung fetzt in erster Linie gefunde Ernährungs-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse voraus. Gegen das Fehlen dieser Voraussetzungen kommt auch das schönste bundesrechtliche Turn- und Drill-Obligatorium nicht auf.

... Dabei sind wir uns bewußt, daß die Ueberbetonung der körperlichen Ertüchtigung zu einer gefährlichen Mißachtung der geistigen Werte führen

muß. — Wir begrüßen daher alle Bestrebungen zur Förderung der freiwilli-

gen Volksbildungsarbeit.

5. Unser "Gegenvorschlag" kann nur bestehen in ausdauernder Fortsetzung unserer Arbeit für die Verwirklichung einer demokratischen Staats- und Wirtschaftsordnung, die ihren Bestand durch soziale Gerechtigkeit, politische Freiheit und freiwillige Zusammenarbeit von Staat und Jugend sichern.

Vor allem unterstützen wir alle Bemühungen des Völkerbundes und der

demokratischen Nationen, den Frieden zu erhalten.

Ich schließe diesen letzten Bericht des Jahres 1937 über die schweizerische Lage mit dem Wunsche, daß der Geist, der in dieser Oltener Jugend zum Ausdruck kam, sich behaupte und wachse und daß er auch die ältere Generation ergreise. Er allein kann, sich noch vertiesend und bereichernd, die Schweiz retten, die wir — sans phrase — Gottes Hut und Barmherzigkeit empsehlen.

3. Dezember 1937.

Zwei Dokumente.

I. In der "Neuen Generation", dem Organ der "Jungliberalen", findet sich folgende Aeußerung über Trautvetter und mich, die mir die Redaktion extra zugestellt hat:

"Die Lichter in der Finsternis. Da die Lichter der beiden beharrlichen Abrüstungstheologen Ragaz und Trautvetter ohne unsere Schuld am Tage nicht mehr gesehen werden können, ist es verständlich, daß die Herren das Bedürfnis hatten, sie in der Nacht der Verdunkelung anzuzünden, wenn ringsherum alles finster ist. Bedenklich aber ist es, daß Leute bei uns eine Rolle spielen wollen, welche sich wie unverständige Kinder verhalten, denen ein Strich durch die Rechnung gegangen ist. Oder glauben etwa die Herren Ragaz und Trautvetter, daß wir deshalb von einem Krieg verschont bleiben würden, weil sie sich selber darüber einig geworden sind, das ein Krieg eine üble Sache sei?"

Der traurige Lausbube, der dies geschrieben hat (es wird der verantwortliche Redakteur sein, ein Alfred Lafont aus Uzwil in St. Gallen), nennt sich "liberal". "Liberal" sein hieß einst, Achtung haben vor der freien Ueberzeugung eines Menschen. Dieser "Jungliberale" hat aber offenbar eine andere Auffassung von Liberalismus. Für ihn besteht dieser offenbar darin, daß man da, wo solche Ueberzeugung auftritt, und zwar nicht bloß in Worten, sie mit Schmutz bewirst, indem man an ihre Stelle die niedrigsten Motive schiebt. Offenbar hat dieser Mann noch nie seinem Gewissen gehorcht, wo es nicht ganz leicht war, sonst

hätte er mehr Achtung vor folchem Gehorsam.

II. Und nun vergleiche man damit folgendes Dokument:

"Zürich, 2. Dezember.

Sehr geehrter Herr Professor!

Wie wir aus der Tagespresse vernommen haben, gehörten Sie anläßlich der letzten Verdunkelungsübung zu den drei Rusern in der Wüste, welche allen materiellen und geistigen Kriegsvorbereitungen zum Trotz ihren unerschütterlichen Friedenswillen zum Ausdruck brachten.

Ihre unerschrockene Handlungsweise, allein gegen die erdrückende Mehrheit derer, die sich von den Ereignissen treiben lassen, zu stehen, nötigt uns Anerkennung und Bewunderung ab. Sie erscheint uns als eine äußerst mutige Tat, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Möge sie ein starkes Echo gefunden und vor allem diejenigen Friedensfreunde, welche ihre Sache bereits verloren glauben, wieder aufgerüttelt haben!

In diesem Sinne entbieten wir Ihnen die herzlichsten Kampfesgrüße!

Jungsozialistische Gruppe.

PS. Der Beschluß zu vorstehender Sympathieadresse wurde an einem unserer Gruppenabende einstimmig gefaßt."

Welch ein Unterschied in Geist und Gesinnung zwischen diesen beiden Aeußerungen! Und nun bedenke man: Das Eine sagt der Vertreter von Bourgeoissöhnen und Akademikern, das andere sagen junge sozialistische Arbeiter. Wo ist die Freiheit und die Kultur, dazu wirklicher Liberalismus und wirkliche Jugend, und wo die traurigste Roheit des Geistes und Gemütes, verbunden mit völligem Unglauben an das Gute im Menschen, völliger Abwesenheit der Achtung vor fremder Persönlichkeit?

Verdankung.

Zum Andenken an *Hedwig Bommer*, Güttingen, statt einer Kranzspende, erhalten 25 Franken für zwei Gratisabonnemente der "Neuen Wege". Herzlich dankend *Clara Ragaz*.

Berichtigungen.

Im Novemberheft muß es auf S. 451, Z. 12 von oben, heißen: "die andere Hälfte" (statt: "die eine"); S. 453, Z. 15 von unten, "alles" (statt "es"); S. 454, Z. 20 von oben, "Erlösendes" (statt "Belösendes").

Ismet Pascha ist jetzt nicht mehr Außenminister, sondern Premierminister gewesen, Sandler umgekehrt.